

**Niederschrift
über die Sitzung des Integrationsrates
am 31.10.2018**

Tagungsort: Else-Zimmermann-Saal, Technisches Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 18:15 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Murisa Adilovic
Frau Bahar Agirbas
Frau Brigitte Biermann
Frau Marlis Bußmann
Herr Yunus Cakar
Frau Dilek Dogan-Alagöz
Herr Ugur Düger
Herr Lothar Klemme
Frau Irimi Mavreli
Frau Viola Obasohan
Herr Mehmet Ali Ölmez
Herr Ali Sedo Rasha
Herr John Jude Pirapakaran Savarimuthu
Herr Dilshad Simo Yoki
Herr Cemil Yildirim
Herr Selim Yilmazer

Stellvertretende Mitglieder

Herr Vincenzo Copertino
Frau Christina Osei

Von der Verwaltung:

Frau Isfendiyar, Kommunales Integrationszentrum
Frau Schönemann, Amt für Schule
Frau Berkemeyer, Amt für Jugend und Familie – Jugendamt

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Ölmez stellt nach der Begrüßung die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Es liegt ein Antrag des Vorstandes vor: „Aufruf des Integrationsrates für die Demonstration am 10. November 2018“. Den Antrag als Top.5.1 zu beraten, wird bei einer Gegenstimme zugestimmt.

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 26.09.2018

Die Niederschrift wird ergänzt bzw. korrigiert. Folgender Beschluss in der letzten Sitzung wurde fälschlicher Weise nicht wiedergegeben.

Beschluss:

Der Integrationsrat empfiehlt, der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss beschließt:

- 1. Der Bericht über den Arbeitsprozess „Bielefeld integriert“ wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Prozess wie dargelegt weiterzuführen und die Herausforderungen im Kontext von Zuwanderung, Integration und Zusammenleben in der Gesellschaft in enger Zusammenarbeit mit Trägern, Institutionen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zu bearbeiten.**
- 3. Über die Umsetzung ist regelmäßig in den Fachausschüssen zu berichten.**

-bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen –

Mit der Ergänzung wird die Niederschrift beschlossen.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Integrationsrates am 26.09.2018 wird genehmigt.

- einstimmig bei vier Enthaltungen beschlossen –

Zu Punkt 3

Mitteilungen

- Frau Isfendiyar teilt mit, dass die öffentliche Preisverleihung am **29.11.2018 um 18.00 Uhr** im Großen Saal, Neues Rathaus, stattfinden wird.

Sitzungstermine 2019

Die turnusmäßigen Sitzungen des Integrationsrates finden **mittwochs** ab **17:00 Uhr** statt.

Sitzungstermine
30. 01. 2019
27. 02. 2019
20. 03. 2019
22. 05. 2019
26. 06. 2019
25. 09. 2019
30. 10. 2019

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Aufruf des Integrationsrates

Herr Vorsitzender Ölmez verweist auf den Antrag des Vorstandes und bittet die Mitglieder dem folgenden öffentlichen Aufruf zuzustimmen.

Beschluss:

**Kein Platz für Neonazis, Rechtsextremistinnen und
Rechtsextremisten in Bielefeld**

Der Integrationsrat stellt sich entschieden gegen antimuslimischen Rassismus, gegen Antisemitismus und Antiziganismus und gegen jegliche Art von Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Religion, Geschlecht, Hautfarbe oder Weltanschauung.

Das Gremium warnt in diesem Sinne eindringlich vor der Normalisierung rechter Aussagen!. Erklärungsmuster wie „ethnische Andersartigkeit“ und Szenarien von „Kulturkampf“, „Belastungsgrenzen“ und von Bedrohungen im Kontext von Zuwanderung, wie etwa „Migration ist die Mutter aller Probleme“, sind heute beinahe selbstverständlich in der öffentlichen Auseinandersetzung.

Rechte Straftäter können sich, dadurch ermutigt, leicht als Vollstrecker des „Volkswillens“ legitimiert fühlen. Entsprechende Stellungnahmen prominenter Politiker bestärken sie ja geradezu in ihrem Tun.

Stattdessen muss klar Position bezogen werden gegen Rassismus und Rechtsextremismus und für die gemeinsame Gestaltung einer offenen, von Vielfalt geprägten Einwanderungsgesellschaft.

Am 10.November muss deutlich gezeigt werden, dass wir alle aus der Geschichte gelernt haben und die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen.

Die Mehrheit der Gesellschaft lehnt Rassismus ab, sie will ein friedliches und tolerantes Zusammenleben im Alltag. Es darf nicht länger hingenommen werden, dass rechte Meinungen und Parolen in Politik und Öffentlichkeit den Ton angeben.

Stattdessen müssen die Migrantinnen und Migranten und die zahllosen Menschen, die sich in Initiativen und Vereinen für eine Gesellschaft ohne Rassismus einsetzen, eine starke Stimme in Politik und Öffentlichkeit

bekommen.

Von diesem Hintergrund rufen wir alle Migrantinnen und Migranten, Vereine und Gruppen auf, dagegen ein Zeichen zu setzen und sich den Demonstrationen für ein tolerantes und weltoffenes Bielefeld anzuschließen!

-bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 6

Weiterfinanzierung des zusätzlichen Einsatzes von Schulsozialarbeit in Schulen mit "Internationalen Klassen" (Sprachfördergruppen) gem. RdErl. des MSW vom 28.06.2016, BASS 13-63 Nr. 3)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7060/2014-2020

Frau Schönemann berichtet an Hand der Vorlage ausführlich zu Entwicklungen und Bedarfen an Schulsozialarbeit an den Schulen. Um die Arbeit der Internationalen Klassen in den Grund- und Sek. I - Schulen und an den Berufskollegs durch Sozialarbeit zu unterstützen, wurden auf Grund des Beschlusses des Rates am 10.12.2015 Leistungsverträge u.a mit Jugendhilfeträgern abgeschlossen. Die Leistungsverträge waren auf drei Jahre befristet.

Anschließend beantwortet Frau Schönemann die Fragen von Frau Adilovic und Herr Yildirim.

Beschluss:

1.

Die Verwaltung wird vorbehaltlich der Zustimmung des Rates der Stadt zum Haushalt 2019 beauftragt, die Arbeit der internationalen Klassen (IK) bzw. der Sprachfördergruppen in den Grund- und Sek.-I-Schulen und an den Berufskollegs weiterhin durch Schulsozialarbeit zu unterstützen und dafür die bestehenden Leistungsverträge mit Jugendhilfeträgern oder anderen gemeinnützigen Organisationen zu verlängern.

2.

Die an die REGE mbH übertragene Schulsozialarbeit an den Berufskollegs wird ebenfalls weitergeführt.

3.

Es gilt weiterhin ein Personalschlüssel von 0,2 Stellen je internationaler Klasse. Die (neuen) Leistungsverträge mit Jugendhilfeträgern oder anderen gemeinnützigen Organisationen sind auf (weitere) drei Jahre bis zum 31.01.2022 zu befristen.

4. **Schulen, die genehmigte Mehrklassen einrichten, um Schülerinnen und Schüler aus internationalen Klassen bzw. Sprachfördergruppen in Regelklassen zu integrieren, erhalten bei Bedarf zusätzlich 0,2 Stellen je Mehrklasse. Eine Förderung dieser ab dem Schuljahr 2018/19 genehmigten Mehrklassen ist bereits im Haushaltsvollzug des Haushaltsjahres 2018 im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel möglich.**

5. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanaufstellungen sicherzustellen.**

-bei einer Gegenstimme mit großer Mehrheit beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 7

Weiterentwicklung des Kinderschutzes und der Frühen Hilfen im Jahr 2017

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7271/2014-2020

Frau Berkemeyer berichtet an Hand der Vorlage über die Weiterentwicklung des Kinderschutzes in der Stadt Bielefeld.

In diesem Zusammenhang geht sie kurz auf das Patinnenmodell des Kinderschutzbundes ein. Insgesamt wurden im Jahr 2017 41 Bielefelder Familien mit insgesamt 87 Kindern betreut. Der Anteil der begleiteten Familien mit Migrationshintergrund stieg im Vergleich zu 2016 von ca. 50% auf 64% an. Darüber hinaus bekommen die Familien Unterstützung durch Familienhebammen. Von 64 Familien waren hier 31 Familien mit Migrationshintergrund. Auf die Frage von Frau Biermann ob die Inobhutnahme provisorisch oder dauerhaft sei und woher die Betroffenen die Informationen bekommen, erklärt Frau Berkemeyer zunächst die Anlässe für eine Inobhutnahme: Diese können vorliegen, wenn der Schutz des Kindes aktuell nicht sichergestellt ist, wenn ein Mädchen oder ein Junge selbst um Obhut bittet oder es handelt sich um eine bzw. einen unbegleitet eingereisten Minderjährigen. Insgesamt wurden im Jahr 2017 171 Kinder in Obhut genommen. Die Anzahl der Inobhut genommenen Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund lag bei 107 Personen. Die Obhutnahme kann sowohl provisorisch vorübergehend sein als auch dauerhaft.

Herr Cakar fragt nach, wie die Pflegefamilien angeworben werden. Er regt an, Familien mit Migrationshintergrund gezielt als Pflegefamilien anzuwerben. Frau Berkemeyer sieht den Bedarf auch bei Familien mit Migrationshintergrund. Es werde versucht, auf unterschiedlichen Ebenen die Familien anzusprechen, vor allem über Migrant*innenorganisationen sowie die Migrationskonferenz.

Herr Yilmazer will wissen, welche Relationen zwischen zu betreuenden Kindern mit Migrationshintergrund und Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen steht. Er stelle fest, dass Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund nach wie vor nicht den Anteil der zu betreuenden Kindern entspricht.

Frau Adilovic bittet die Verwaltung, besonders das Jugendamt, Maßnahmen zu entwickeln, die gezielt eingesetzt werden, um Migranten als Pflegefamilien zu gewinnen.

Frau Bußmann konstatiert, dass es einen dramatischen Mangel an Kinderärzten und Hebammen gäbe. Besonders Migrantinnen seien betroffen und müssten sich auf lange Wartezeiten einstellen.

Frau Berkemeyer erklärt dass das Problem der fehlenden Kinderärzte in verschiedenen Fachgremien thematisiert wird. Wie das Problem zu lösen ist, wisse sie heute noch nicht.

Herr Ölmez bedankt sich bei Frau Berkemeyer für ihre ausführliche Berichterstattung.

Der Integrationsrat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Nichtöffentliche Sitzung:

Zu Punkt 8 **Mitteilungen**

Zu Punkt 9 **Anfragen**

Zu Punkt 10 **Anträge**

Mehmet Ali Ölmez

Emir Ali Sağ